

C'est avec un agacement certain que les étudiants et le corps enseignant du CunLux ont dû constater à une troisième reprise que les portes de la bibliothèque de l'établissement leur ont été fermées pour cause de maladie du personnel en charge." In einem offenen Brief an die Kultusministerin machen Lehrbeauftragte und Studierende des Centre Universitaire ihrem Ärger Luft. Die Tatsache, dass die Bibliothek geschlossen blieb, sei umso schlimmer als zurzeit die Prüfungen des Wintersemesters anstünden.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine erweiterte Universität in Luxemburg fragen sich die rund 100 Unterzeichnenden, ob die Verantwortlichen nicht schon mit der Organisation der bestehenden Struktur überfordert sind. "Si le seul maintien régulier d'une bibliothèque semble relever de l'impossible, il ne nous reste donc plus qu'à espérer que les établissements étrangers que fréquentent les étudiants luxembourgeois passés par le CunLux n'obtiennent pas d'échos des conditions ridicules dans lesquelles les étudiants d'un pays les plus riches au monde doivent travailler!"

Das wird die Luxemburger Regierung freuen: Mit rund 176 Prozent über dem EU-Durchschnitt des regionalen Bruttoinlandproduktes pro Kopf gehörte das Großherzogtum 1998 zu den reichsten Regionen der EU. Es folgt dem Börsenplatz London (243 Prozent) und Hamburg (186 Prozent) auf dem dritten Platz. Das hat eine Erhebung des Europäischen Statistischen Amtes (Eurostat) ergeben. Mit einer Einschränkung: Die Statistiker weisen darauf hin, dass die Zahl aufgrund der Pendlerströme auch zu hoch gegriffen sein könnte. Grundsätzlich sagt das BIP pro Kopf wenig über die Verteilung aus: So wohnen in Hamburg zwar viele Millionäre, aber die Stadt an der deutschen Küste hat im Vergleich zum Bundesdurchschnitt auch eine sehr hohe Zahl an SozialhilfeempfängerInnen.

Aus den Eurostat-Daten geht zudem hervor, dass das BIP pro Kopf in 46 Regionen weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt. Darunter befinden sich elf der dreizehn griechischen und fünf der sieben portugiesischen Regionen.

Auf ihrem unermüdlichen Entdeckungsfeldzug der Versäumnisse in 15 Jahren Regierungsbeteiligung hat die LSAP dank ihres fleißigsten Abgeordneten Ben Fayot die Diskriminierung der Erziehenden (éducatrices/eurs) entdeckt. Die Partei setzt sich nunmehr für eine ihrer Bac+3-Ausbildung entsprechenden Entlohnung der graduierten Erziehenden ein. In der Tat mutet es eigenartig an, dass diese Bac+3-Kategorie zwar als solche anerkannt wird, in der Bezahlung jedoch wesentlich unter der Bac+3-Kategorie der Grundschullehrenden liegt.

Auf eine entsprechende Anfrage des gleichen Ben Fayot wusste Staatssekretär Schaack, wie im übrigen sein Vorgänger in der schwarzroten Regierung, nur um den heißen Brei zu reden und wie gehabt auf eine globale Karrierereform beim Staat zu vertrösten. Diese Reform wird sicherlich auf sich warten lassen, zu sehr fürchtet die Regierung einen Schneeballeffekt in anderen Staatsdiensten und im konventionierten Sektor. Aber vielleicht sitzt bis dahin die LSAP wieder mit am Ruder.

Wieviel Straße verträgt die Umwelt?

Nach vier Jahren raus aus der Schublade: Nachdem die EU-Kommission 1997 ihre Richtlinie über Umweltverträglichkeitsstudien neu definiert hat, liegt seit gestern ein Gesetzesprojekt zur nationalen Umsetzung vor.

(dw) - Wann beeinträchtigt ein Projekt die Umwelt? Wie groß wird der Schaden wohl sein? Und was kann man tun, um ihn wieder gut zu machen? Dass solch komplizierte Fragen nicht so einfach in einem Gesetzestext zu beantworten sind, liegt auf der Hand. Die Europäische Kommission nahm bereits mehrere Anläufe, eine "Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten" zu definieren. Zuletzt im März 1997.

In Luxemburg tat man sich besonders im Straßenbereich schwer damit, diese EU-Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Die EU-Kommission leitete Ende Februar 2000 ein "Vertragsverletzungsverfahren" ein, weil die EU-Direktive über UVP von 1997 nicht in nationales Recht umgesetzt worden war. Nun, da ein weiteres Jahr vergangen ist, ist es so weit: Das entsprechende Gesetzesprojekt wurde jetzt am 1. März von der Luxemburger Regierung vorgelegt. Darin wird die Vorgabe der EU wortwörtlich übernommen: Eine UVP ist nur



Lieber pseudo- als wirklich historisch

**Denkmalschutz ist nicht
gefragt - das Vorgehen der
Regierung in Sachen "Cité
judiciaire" liefert ein
weiteres Beispiel.**

(rw) - Richtig "entdeckt" wurde er im Kulturjahr 1995: der "Pärdstall" auf dem Heilig-Geist-Plateau. Kulturguppen wie Pagan Lorn traten an diesem Ort auf, die Künstlerin Patricia Lippert kippte dort Farbe über jungfräuliche Damen in weißen Gewändern. Damals schon fanden viele, dass das alte Gebäude viel zu schade sei, um dem Bagger zum Opfer zu fallen.

Doch in den Plänen des Bauministeriums für die neue "Cité judiciaire" war der Pärdestall nicht vorgesehen. Das neue Verwaltungsviertel, das auf dem Plateau entstehen soll, ist zwar selbst auf alt getrimmt, mit der eventuellen Integration historischer Elemente wurde sich jedoch gar nicht auseinandergesetzt. Als das Bauprojekt 1999 in der parlamentarischen Bautenkommission bearbeitet wurde, war lediglich parteiübergreifend Kritik am Architekturstil der neuen "Cité" geäußert worden. Neben Nicolas Strotz (CSV) hatte auch die damalige Abgeordnete Anne Brasseur (DP) kein gutes Haar am Konzept eines pseudo-historischen Gebäudekomplexes

dann zwingend notwendig, wenn es sich um den Bau einer Autobahn oder Schnellstraße handelt. Oder aber, wenn ein- oder zweispurige Straßen zu vier- oder mehrspurigen Straßen ausgebaut werden - vorausgesetzt, der Abschnitt ist mindestens zehn Kilometer lang. Für alle anderen Bauprojekte muss von Fall zu Fall entschieden werden, ob die Verträglichkeit gegenüber der Umwelt bei der Baugenehmigung mit in Betracht gezogen werden wird.

Das vorliegende Gesetzesprojekt stelle "in gewisser Hinsicht einen Fortschritt" dar, meint die Abgeordnete Renée Wagener von Déi Gréng. Immerhin legt das Gesetz erstmals in Luxemburg fest, dass für bestimmte Straßenbauprojekte eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss. Wagener weist jedoch auf den "großen Spielraum" für die Projekte hin, die nicht in diese eindeutige Kategorie fallen. In Annex I des "Projet de loi" sind Kriterien für eine notwendige UVP festgelegt. Dazu gehören beispielsweise "la dimension du projet, la production de déchets, la pollution et nuisances". Diese Kriterien sind sehr vage definiert.

werden. So geschehen bei der Sanierung der "Place de l'Etoile", wo ebenfalls historische Pferdeställe verschwanden. Neues Beispiel für diese Politik ist nun das Plateau du Saint-Esprit. Dabei geht es nicht nur um das sogenannte Gebäude, sondern auch um Reste eines Klosters, die sich im Erdreich befinden. Würde der Aspekt Denkmalschutz bereits in der Planungsphase miteinbezogen, könnten meist adäquatere Lösungen gefunden werden als dies bei Baubeginn der Fall ist. Vielleicht könnte dann auch schon bei der Aufstellung der Lastenhefte die Erhaltung und Integration historischer Bausubstanz als Vorbedingung für neue Bauten mit aufgenommen werden.

Weil dem nicht so ist, müssen sich immer wieder Bürgerinitiativen der Dossiers annehmen und Feuerwehr spielen. Erst die öffentliche Diskussion, die sie provozieren, führt dann meist zu einer Positionierung der politisch Verantwortlichen. In diesem Sinn stimmt es umso bedenklicher, wenn im neulich vorgelegten Reformprojekt zum staatlichen Denkmalschutz die Möglichkeit abgeschafft wird, als Drittpersonen Klassierungsvorschläge einzureichen. Zitat: "Cette restriction a pour but d'éviter une multitude d'initiatives qui pourraient, dans une large partie des cas, s'avérer inopportunes."

Unbeliebte Feuerwehr

In ihrer Pressemitteilung von letzter Woche verweist die Baute- und Kulturministerin Erna Hennicot-Schoepges zwar darauf, dass mit der UNESCO Kontakt aufgenommen worden sei - allerdings erst vor einem Monat. Hier liegt der Hase im Pfeffer: Die "Cité judiciaire" ist eines der zahlreichen Beispiele luxemburger Baupolitik, welche die Prinzipien eines sachgemäßen Denkmalschutzes grundsätzlich ignoriert. Erst wenn von Seiten der Öffentlichkeit Klagen kommen, werden Last-Minute-Aktionen gestartet: So geschehen etwa beim Pei-Museum - hier konnten größere Zerstörungen des Feststellungsgewäuers erst durch eine Unterschriftenaktion verhindert